Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld monatlich 3 Zl. In den Ausgabestellen monatl. 2,75 Zl. Bei Postbezug monatl. 3,11 Zl. Unter Streifband in Polen monatl. 5 Zl. Danzig 3 Guld. Deutschland 2,5 Rentenmark. — Einzelnummer 20 Groschen. — Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.
Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die 30 mm breite Kolonelzeile 20 Groschen, die 90 mm breite Reklamezeile 100 Grosch. Danzig 20 bz. 100 Dz. Pf. Deutschland 20 bzw. 100 Goldpfg., übriges Ausland 100 % Aufschlag. — Bei Platzvorschrift und schwierigem Satz 50 % Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 50 Groschen. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.
Postscheckkonten: Stettin 1847, Posen 202157

Nr. 262. Bromberg, Mittwoch den 12. November 1924. 48. Jahrg.

Die polnische Agrarreform

nach dem Gesetzentwurf Ludkiewicz.

Von Albrecht Schubert, Grunau, Kreis Lissa.

IV. Polens Volkswirtschaft nach Durchführung des Gesetzentwurfes.

Es gibt für die Lebensmöglichkeiten eines Staatswesens eine ganz elementare Wahrheit. **Die Blüte der Volkswirtschaft ist abhängig von der Rentabilität der Mehrzahl der Privatwirtschaften und umgekehrt.** 70 Prozent der Bevölkerung Polens leben von der Landwirtschaft, als Besitzer, Pächter, Arbeiter, oder von der landwirtschaftlichen Veredelungsproduktion. Ein anderer großer Teil lebt vom Handel mit der Landwirtschaft. 50 Prozent des polnischen Landvermögens ist in der Hand des Großgrundbesitzes. Was bedeutet allein die Tatsache, selbst wenn das Gesetz nicht durchgeführt wird, daß es als ständige Drohung für die Besitzer der Hälfte von Polens Fläche vor Augen steht. Die bisher vorliegenden Gesetze haben da schon Schaden genug angerichtet. Welcher Besitzer kann es wagen, noch Gebäude aufzuführen, wertvolle Maschinen zu kaufen, Kulturen oder Zuchten einzurichten, Fabriken zu bauen, deren Nutzen ihm vielleicht erst in Jahren die Auslagen ersetzt. Tausende von Arbeitern, Maurern, Handwerkern wären beschäftigt worden, würden beschäftigt ohne die ständige Drohung, die jedem Besitzer die Garantie nimmt, daß er die Früchte seiner Arbeit auch erntet. Immer wieder muß betont werden: Die Landwirtschaft ist der konservativste Beruf der Welt. Nur einmal im Jahre setzt der Landwirt um. Der Kaufmann, Fabrikant kann 10, ja 20 Mal und mehrfach umsetzen. Erst in der Vielheit des Umsatzes rentiert eine produktive Anlage. Darum braucht der Landwirt viele Jahre, während der Fabrikant nur viele Umsätze in vielleicht nur einem Jahre braucht, um die Anlage zu amortisieren. Infolgedessen sind auch alle Regierungsmaßnahmen, die in kurzer Zeit folgen und sich häufig widersprechen, ein ungeheurer Hemmschuh für die landwirtschaftliche Produktion Polens. Der Landwirt muß sich mit seiner Produktionsrichtung auf lange Zeit einstellen. Der Krebsschaden der polnischen Regierung auf agrarischem Gebiete liegt darin, daß sie zuviel regiert. Es fehlt ihr die zielsichere Ruhe englischer Regierungsbeamter. In England gilt ein Minister auch dann noch nicht für schlecht, wenn man nichts von ihm hört.

Also schon die Vorlage einer Agrarreform ist ein Schaden für die Produktion. Stellen wir uns die Reform durchgeführt vor. Bei der Unklarheit der Bestimmungen weiß kein Besitzer, wieviel Land ihm verbleibt. Der Herr Minister könnte ja die Antwort vergessen (siehe oben!). Jedes Jahr soll eine Million Hektar zerschlagen werden. In den fünf bis sechs Jahren, die für die Agrarreform vorgesehen sind, wäre jeder Besitzer ein Tor, der seine Vorwerksgebäude auch nur ausbessert. Wer gar Investierungen im Grundwerte machen wollte, für den wäre eine Untersuchung auf seinen Geisteszustand angebracht. Viele gäbe es nicht, die ihre Reife für Owinsk so zu beweisen trachteten. Selbst unzählige laufende Ausgaben zur Erzielung besserer Ernten, die sich erst in einigen Jahren bezahlt machen, wie Ausbesserung der Drainagen, Offenhalten der Wiesengräben, Kalkungen, Ankauf teuren Zuchtmaterials würden logischerweise unterbleiben. 50 Prozent der polnischen Landwirtschaft, die sowieso krankregiert ist, sind gezwungen, still zu stehen, und da Stillstand Rückgang ist, zurückzugehen. Und nur Polens Landwirtschaft kann Polens Blüte hervorrufen, nicht eine Industrie, die für ein Weltreich geschaffen ist und sich heute in einem, was den Konsum anbetrifft, kleinen Staate befindet. Eine Stärkefabrik von 20 000 Morgen ist gleichfalls zu groß und unrentabel, wenn nur noch 2000 Morgen da sind. Auf solchen kleinen Betrieb würde eine Flockenfabrik besser hinpassen. So könnten wir von der polnischen Industrie lernen.

In fünf Jahren soll die Agrarreform durchgeführt sein. Einem Kranken, der am ganzen Körper an Furunkulose leidet, kann man auch nicht auf einmal sämtliche Geschwüre radikal wegschneiden. Er verblutet einfach. Rumäniens Volkswirtschaft hat das gezeigt. Polen hat heute eine passive Handelsbilanz. Die Kohlen sind zu teuer, die Nachbarn haben selbst billigere. Eisen ist zu teuer, der Nachbar hat's auch billiger. Die Stoffe besitzt der Nachbar auch. Zudem hat er einen anderen Geschmack. Getreide wird momentan nicht exportiert, Vieh auch nicht. Ein paar Kartoffelfabrikate und Zucker gehen ins Ausland und das, was ins Ausland geht, produziert meist der Großgrundbesitz. Den will man zerschlagen. Was dann? Natur und Wirtschaft sprechen aber in vielen Gegenden Polens für die Produktion von Stärke und Zucker. Beides sind Kohlehydrate. Mit 100 000 Tonnen Roggen liefere ich immerhin zugleich 60 Tonnen reines Kali — 125 Tonnen 45prozentiges Kalidüngesalz ins Ausland. Mit 100 000 Tonnen liefere ist sogar 850 Tonnen reine Phosphorsäure, das sind 5500 Tonnen Superphosphat, dem Nachbarn, die ich ihm wieder abkaufen muß. Mit 100 000 Tonnen Zucker oder Stärke liefere ich nichts von beiden, aber auf einem Hektar Land erziele ich die mehrfache Menge Nährstoffe beim Kartoffel- und Rübenbau, als beim Getreidebau oder der Viehhaltung. Dazu kommt, daß alle Mineralwerte beim Hackfruchtbau wieder dem Kreislaufe der eigenen Wirtschaft zugeführt werden. Betreffs dieser beiden Produktionsrichtungen kann man der Regierung nur zurufen: „Hände weg!" In den Generalversammlungen der Zuckerfabriken wurde letzthin vielfach mitgeteilt, daß die Regierung gegen den Rübenbau einen Druck zur Erzielung niedriger Rübenpreise plant. Man kann ehrenhalber nur annehmen daß diese Pläne einer schwachen Sekunde entsprungen sind, die ebenso schnell wieder verging. Denn das wäre ein Schlag, nicht so gegen die Landwirte, als vor allen Dingen die Volkswirtschaft. Sollen denn noch mehr Söhne Polens der Fremde fronen? Denn ein intensives Rübengut beschäftigt zwei- bis dreimal so viel Menschen, als eine reine Getreidewirtschaft und fünf- bis sechsmal so viel, als eine Viehwirtschaft. Was wird der ausländische Geldgeber dazu sagen, dem man momentan Sirenenklänge vorsingt? England ist an Polens Zuckerindustrie interessiert, weil es den polnischen **Zucker billiger haben kann, als anderswo.** Im übrigen will es Polen höchstens als Absatzgebiet haben. Die Engländer sind sehr nüchtern denkende Geschäftsleute. Aus Begeisterung für die Virtuosität eines Paderewski gibt man kein Geld. Nach der Agrarreform wäre es mit dem Absatzgebiet in der erschütterten Volkswirtschaft vorbei und der Zucker würde zu Wasser. Verbände von Landwirten, die in Warschau um Betriebskredit baten, wurden auf ausländische Kreditgelder hingewiesen. Der Ausländer, der auf Artikel 34,8 und folgende noch einen Gutsbesitzerkredit gäbe, wäre ähnlich zu bewerten, wie der Landwirt, der Investitionen macht. Ich glaube nicht, daß es solche Leute gibt und wenn es sie gibt, haben sie bestimmt kein Geld, denn zum Geldmachen gehört Intelligenz.

Vielleicht will man, um der oberschlesischen Industrie zu Hilfe zu kommen, viel Eisenschrot fabrizieren, das die überflüssigen Zucker-, Stärke-, Flockenfabriken und Brennereien in ihren verrostenden Maschinen liefern könnten, denn der Bauer baut keine Zuckerrüben, kann es in großen Massen auch nicht. Die Familienorganisation seines Betriebes erlaubt es ihm nicht, Arbeitshöhepunkte von starkem Ausmaß, wie der Hackfruchtbau sie mit sich bringt, zu überwinden. Er müßte dann kulturell erstens einmal viel höher stehen, und auch dann nur könnte er es, wenn er Saisonarbeiter annimmt. Man stelle eine Statistik über den über den eigenen Bedarf hinausgehenden Hackfruchtbau der Betriebsgrößen an und man wird sehen. Und wenn man kein Geld und keine Zeit dazu hat, weil Herr Poniatowski drängt, dann schaue man in die deutschen Jahrbücher der Reichsstatistik. Ganz besonders wird der Bauer sich dem Rübenbau gegenüber ablehnend verhalten, wenn man ihm das Land zu 7/8 schenkt. Rumänien beweist es. Der kulturell zurückstehende Bauer jenseits der Prosna wird künstlich von der kapitalistischen Denkungsweise entfernt und kehrt in einem Lande mit 30 Prozent Analphabeten unweigerlich zur Bedarfsdeckungswirtschaft zurück, da kein Zwang zur Mehrproduktion besteht. Denn daß die Vernichtung der Staatslandrentenbriefe nach Durchführung der Agrarreform die erste Forderung der Bauernpartei wäre, ist für jeden klar, der etwas politischen Blick hat. Was Handel und Wandel in Kaufmannschaft, Handwerk und Industrie davon hätten, braucht nicht hinzugefügt zu werden. Das würden die kleinen Kaufleute der Linksparteien, die heute die rührigsten Anhänger der Agrar-Revolution sind, bald an ihren leeren Ladentischen merken.

Was müßte geschehen? **Eine Agrarreform in vernünftigen Grenzen kann aus vielerlei Gründen notwendig sein. Sie muß sich aber der Natur und Volkswirtschaft anpassen.** Man schaffe sich erst Berge statistischen Materials, wie es die Tschechen jetzt machen. Man lerne damit sein eigenes Land erst einmal kennen. Dann löse man die kulturelle Lage durch Hebung des Bauernstandes. Wenn jeder Bauer lesen und schreiben kann und in jedem Kreise zwei Winterschulen sind und Bauernsöhne ihr Erbe erst übernehmen dürfen, wenn sie die Schule besucht haben und ähnlich wie die Handwerker ihre Meisterprüfung gemacht haben, dann sind 90 % des Landhungers gestillt. Die restlichen 10 Prozent werden dann leicht auf Kosten des Großgrundbesitzes zu stillen sein, ohne Eingriff in das Privateigentum, ohne volkswirtschaftlichen Ruin. Es wird dann leicht möglich sein, daß sich allmählich der Großgrundbesitz ganz allein um die Hälfte und mehr vermindert.

Das Mißtrauensvotum.

Warschau, 10. November. (Eigener Drahtbericht.) Das von den Kommunisten, Weißrussen und Ukrainern in der Freitagsitzung des Sejm beantragte Mißtrauensvotum, über das am Dienstag nachmittag abgestimmt werden wird, hat den Ministerpräsidenten veranlaßt, seine Verhandlungen wegen der beabsichtigten Umbildung des Kabinetts einzustellen. Die Regierung will erst das Ergebnis der Abstimmung erwarten, ehe sie die Verhandlungen nach dieser Richtung hin wieder aufnimmt. Es gilt als ganz sicher, daß die Kommunisten, Weißrussen und Ukrainer mit ihrem Mißtrauensvotum durchfallen werden. Selbst die Rechte hat sich sehr entschieden gegen das Mißtrauensvotum ausgesprochen.

General Sikorski über seinen Pariser Aufenthalt.

Warschau, 10. November. PAT. In Beantwortung zahlreicher Anfragen von seiten der Presse erteilte der von Paris zurückgekehrte Kriegsminister General Sikorski folgende Aufklärungen:

Es ist eine vollkommen natürliche Sache, die keiner besonderen Kommentare bedarf, daß die verbündeten Armeechefs von Zeit zu Zeit zusammentreten, um unmittelbar die elementarsten und aktuellsten Fragen, die beide Armeen betreffen, zu besprechen. Der gegenwärtige Augenblick rückt eine ganze Reihe von Fragen erstklassiger Bedeutung in den Vordergrund, die direkt mit der Frage der Politik Frankreichs und Polens zusammenhängen. Es genügt, an das durch beide Regierungen in Genf unterzeichnete Protokoll zu erinnern und an die beabsichtigte Abrüstungskonferenz. Unter diesen Bedingungen war ich glücklich, mit Genehmigung des Ministerpräsidenten und des Außenministers der Einladung des französischen Kriegsministers Folge zu leisten und mich nach Paris zu begeben. Die dort geführten Gespräche betrafen einerseits die Vereinheitlichung der Ansichten über die zwischen uns und Frankreich bestehenden Beziehungen, die unter anderem sich auf eine dauernde elementare Gemeinsamkeit in bezug auf die gegenseitige Sicherheit beider Staaten stützen. Dieses Ziel war um so leichter zu erreichen, als das französisch-polnische Militärbündnis in seiner Gesamtheit der Erhaltung des Friedens diente und auch heute noch dient. Außerdem hatte ich Gelegenheit, in Paris eine ganze Reihe von aktuellen Fragen grundsätzlicher und praktischer Natur anzuschneiden und zu besprechen, die sich aus unserer gemeinsamen auf militärischem Gebiet friedlichen Zusammenarbeit mit Frankreich ergeben. Diese Zusammenarbeit ist für niemand ein Geheimnis. **U. a. wurde auch über den Bau und**

Der Złoty (Gulden) am 11. November
(Vorbörslicher Stand um 10 Uhr vormittags).

Danzig:	1 Dollar =	5,21½	Złoty
	100 Złoty =	105	Gulden
Warschau:	1 Dollar =	5,21	Złoty
	1 Danz. Guld. =	0,96	Złoty
Rentenmark . . =		1,25	Złoty

die Befestigung des Hafens in Gdingen gesprochen. Es ist durchaus verständlich, daß die polnische Regierung, der in Danzig Schwierigkeiten begegnen, ihren Zugang zum Meer vervollständigen will, indem sie einen Handelshafen in Gdingen baut. Unsere bescheidene Kriegsmarine wird dort ihre eigene Meeresbasis finden. Zur strategischen Sicherung des Danziger Korridors wäre es ein Leichtsinn, wollten wir diese Basis nicht befestigen. Dies war der Grund, daß ich mich für die neuzeitlichen französischen Hafeneinrichtungen interessierte. Mit Vergnügen stelle ich fest, daß während dieses Gedankenaustausches in allen Fragen ohne Ausnahme eine unerschütterliche Gemeinsamkeit in bezug auf den Wunsch nach Frieden in die Erscheinung trat, der sowohl Frankreich als auch Polen belebt.

Ein Wirtshausstreit und seine tragischen Folgen.

Das Ende einer Pat-Legende.

In Nr. 160 der „Deutschen Rundschau" vom 13. Juli d. J. veröffentlichten wir eine Königsberger Meldung der Polnischen amtlichen Telegraphen-Agentur, der zufolge am 9. d. M. in Neumark im Kreise Stuhm eine Versammlung des polnischen Jugendvereins gesprengt wurde, „wobei die Deutschen ein Fräulein Sophia Ciechanowska erschossen, einen Herrn Cyreon schwer verletzten und einen Herrn Smoliński mit Messern bearbeiteten". Die Sache sei dem Gericht in Elbing übergeben worden. Die PAT. war der Ansicht, daß diese Gewalttaten eine Vorbereitung zu der Wahlkampagne zum preußischen Landtag wären. „Durch dauernden Terror sollte die Zahl der polnischen Stimmen verringert werden."

Wir haben geglaubt, dieser Meldung der Polnischen Telegraphen-Agentur Glauben schenken zu müssen, um so mehr als auch die „Gazeta Olsztyńska", die in Allenstein erscheint, von diesem „politischen Morde" in fetten Lettern berichtete. Die Annahme der PAT., daß man durch Terror die Stimmung der Wähler zu seinen Gunsten beeinflussen könne, erschien uns allerdings auch schon damals wenig wahrscheinlich; sie klang für den Kenner der Verhältnisse schon deshalb unglaubhaft, weil der preußische Landtag in jener Zeit noch unbeanstandet lebte und erst viele Monate später aufgelöst wurde, um in den ersten Dezembertagen neugewählt zu werden. Trotzdem haben wir die furchtbare Nachricht, die uns von der PAT. übermittelt wurde, mit folgenden Worten kommentiert:

„Wir nehmen an, daß die reichsdeutsche Presse erst das vorläufige Ergebnis der gerichtlichen Untersuchung abwartet, bevor sie zu diesen unerhörten Vorgängen Stellung nimmt. Wir Deutsche in Polen denken nicht daran, uns über solche Dinge auszuschweigen und verlangen die gleiche Haltung von unseren Landsleuten jenseits der weißroten Grenzpfähle. **Kein Wort der Verurteilung ist schwer genug, um ein derartiges Verbrechen zu verurteilen.** Aber mit den Worten allein ist es nicht getan. Die furchtbare Untat von Neumark muß — sofern die Nachricht bestätigt wird — ihre **sofortige und strenge** Sühne finden. Nicht nur ein junges, hoffnungsvolles Leben ist zu beklagen, der deutsch-polnische Ausgleich, den wir, allen Widerständen zum Trotz, ehrlich und aufrichtig betreiben wollen, erfährt eine neue, überaus schwere Belastung und der deutsche Name in der Welt, für dessen guten Klang zu kämpfen auch wir uns berufen fühlen, wurde ohne unsere Schuld durch ruchlose Bubenhand befleckt.

Durch Terror und Unrecht verhilft uns kein Mensch zu unseren Rechten. Im Gegenteil: er treibt Wasser auf die Mühlen unserer Gegner und fällt dem deutschen Stamm, der über die Emigration der 900 000, über die Ermordung des Herrn von Haza-Radlitz, über das Bombenattentat von Bielitz und andere Dinge zu klagen hat, in den Rücken.

Der polnischen Minderheit im westpreußischen Abstimmungsgebiet, besonders den Hinterbliebenen des beklagenswerten Opfers von Neumark, gehört unsere aufrichtige Teilnahme, unseren Brüdern im Reich, die sich bisher durch die Ansprache des Herrn Dmowski und seiner Freunde nicht aus der Ruhe bringen ließen, rufen wir zu: **Reißt die unreinen Augen und Hände unbarmherzig heraus, die unseren gemeinsamen Körper schänden.** Die christlich denkenden und vernünftigen Kreise in beiden Nationen aber fordern wir auf, abzulassen von der zerstörenden Verhetzung und nach soviel Jahren des Unfriedens und Opfern des Hasses die Mauern abzubauen, die Deutsche und Polen noch immer trennen. Das Schicksal hat nach seinem unerforschlichen Willen unsere Völker eng mit einander verflochten. Es liegt an uns, durch gemeinsame Eintracht das gemeinsame Leben oder durch gegenseitigen Hader den gemeinsamen Tod zu wählen!"

In den polnischen Zeitungen wurde noch weiterhin mit dem Morde an Sophia Ciechanowska antideutsche Stimmung erregt; die reichsdeutsche Presse, die sich aus Mangel an Sprachkenntnissen mit polnischen Organen nicht befassen kann, schwieg sich weiterhin aus. Es wurde unheimlich still um die ganze, der Aufklärung so bedürftige Angelegenheit.

Vor wenigen Tagen nun wurde in Elbing vor dem dortigen Landgericht ein Urteil gesprochen, das die bedauerlichen Vorgänge in Neumark objektiv beleuchtet.

In der polnischen Presse unseres Teilgebiets lebt die Mordlegende wieder auf. In erster Reihe marschiert das Thorner „Słowo Pomorskie" (Nr. 256 vom

4. d. M.), dessen Redaktion besonders vom Teufel des Hasses geplagt wird, so daß ihr die rhetorische Frage naheliegt: „In dem Lande, wo der Haß gegen die Polen ein Evangelium ist, sollte ein Deutscher deswegen bestraft werden, weil er ein polnisches Mädchen erschlagen hat?“ Doch auch andere polnische Blätter, wie der sich sonst gebildeter stellende „Dziennik Poznański“ (Nr. 253 vom 31. v. M.) stößt einen „Schrei der Empörung“ aus, trotzdem er über die Gerichtsverhandlung so schlecht unterrichtet ist, daß er ihren Schauplatz von Elbing nach Allenstein verlegt und die Schwurgerichte wieder aufleben läßt, die in Deutschland längst abgeschafft wurden. Das Handwerk der Deutschenhetzer blüht; aber diese Blüte gleicht einer Sumpfblume.

Wir wollen den Verfassern dieser Mordlegende die Maske vom Gesicht herunterziehen, und drucken zu diesem Zweck das Urteil des Elbinger Gerichts, das den Vorfall sachlich und mit deutscher Objektivität behandelt, im Wortlaut ab:

Abschrift.

Ausfertigung.

Im Namen des Volkes!

In der Strafsache gegen den Landwirt Erich Samp in Neumark, geboren am 21. Januar 1898 in Gr. Balowsken, Kreis Löbau, wegen versuchten Totschlags pp. hat das Schwurgericht in Elbing in der Sitzung vom 16. Oktober 1924, an welcher teilgenommen haben:

Landgerichtsdirektor v. Loesen, als Vorsitzender,
Landgerichtsrat Reichardt,
Landgerichtsrat Deutschkron, als beisitzende Richter,
Lehrer Franz Rohrbeck,
Oberpostsekretär Rudolf Horn,
Klempner Richard Werner,
Kaufmann Otto Wehner,
Lehrer Erich Lange,
Kassierer Friedrich Dargel, als Geschworene,
Staatsanwaltschaftsrat Fortlage,
als Beamter der Staatsanwaltschaft,
Referendar Harbarth, als Gerichtsschreiber,

für Recht erkannt:

Der Angeklagte wird freigesprochen. Die Kosten des Verfahrens werden der Staatskasse auferlegt.

Gründe.

Am 6. Juli 1924, einem Sonntag, hatte der Feuerwehrverein Neumark in der Gastwirtschaft von Kanwischer in Neumark eine Sitzung abgehalten. Nach Schluß der Sitzung saßen noch einige Mitglieder des Vereins in den unteren Räumen der Gastwirtschaft zusammen. Währenddessen erschien der Schützenverein Kalwe-Altmark Neumark, der eine Schießübung gehabt hatte und in der Kanwischerschen Gastwirtschaft noch eine Nachfeier veranstalten wollte. Die Schützen kamen in Kutschwagen, patriotische Lieder singend an. Das Singen wurde auch noch in der Gastwirtschaft fortgesetzt. Nach einiger Zeit fuhr der Schützenverein ab, nur einige Neumarker Mitglieder und einige Feuerwehrleute blieben in der Gastwirtschaft zurück. Bald nach der Abfahrt der Schützen etwa gegen 8 Uhr abends erschienen der Arbeiter Domnik Smolinski aus Neumark, der, da er erst vor kurzer Zeit aus Westfalen zurückgekehrt war, noch wenig bekannt war, in der Gastwirtschaft und setzte sich an den Tisch, an dem die zurückgebliebenen u. a. der Besitzer Deutschländer, der Landwirt Teschendorf, der Viehhändler Dobrowolski und der Gemeindevorsteher Samp, der Bruder des Angeklagten, saßen. Einen der Anwesenden begrüßte er auf polnisch, worauf ihn dieser darauf aufmerksam machte, daß am Tische nur deutsche Männer säßen und dort deutsch gesprochen würde. Darauf fing Smolinski in deutscher Sprache eine Unterhaltung an. Er rühmte sich seiner Körperkräfte und forderte Dobrowolski zum Ringkampf auf. Letzterer unterlag und mußte deswegen eine Runde für die sämtlichen am Tisch sitzenden Gäste ausgeben. Auch noch einen zweiten der Anwesenden forderte Smolinski zum Ringkampf auf. Dieser ging dem Ringen jedoch dadurch aus dem Wege, daß er schon vorher eine Lage gab. Darauf setzte sich Smolinski zu dem Gemeindevorsteher Samp. Bald entstand ein Streit zwischen Beiden, der in Tätlichkeiten ausartete. Wodurch der Streit entstanden ist, und wer zuerst tätlich geworden ist, ist nicht festgestellt. Im Verlaufe der Auseinandersetzung erhielt Samp einen Schlag gegen die Nase, so daß diese blutete. Als dies der Angeklagte sah, packte er Smolinski, um ihn herauszuwerfen. Bei dem Ringen mit dem Smolinski erhielt der Angeklagte Verletzungen an beiden Handgelenken, die offenbar von einem scharfen Gegenstand herrührten und einen nicht unerheblichen Blutverlust zur Folge hatten. Nachdem es dem Angeklagten endlich gelungen war, den Smolinski aus dem Lokal herauszuwerfen, kam dieser nochmals zurück, ergriff einen Stuhl, riß die Stuhlbeine ab und warf damit nach dem Mühlenbesitzersohn Bednarz. Er wurde darauf von neuem herausgeworfen. Seine beiden Schwager Borkowski und Franz Koruna führten ihn, der stark blutete, nach Hause. Bevor er abgeführt wurde, schlug er noch gegen die Fenster der Gastwirtschaft und lärmte auf der Straße, während der Arbeiter Gorschinski das vor dem Gasthaus befindliche Pferdegeländer beschädigte. Nach etwa einer Viertelstunde kehrte Smolinski wieder vor das Gasthaus zurück. Er war ohne Hut und ohne Rock. Ihm folgten seine beiden Schwager Koruna und Borkowski, sowie Frau Koruna, seine Schwester. Als er die Gastwirtschaft verschlossen fand, klopfte er an die Fenster und rief, er wolle seinen Hut wiederhaben, es solle der herauskommen, der ihn geschlagen habe. Infolge des Lärms des Smolinski und der von ihm ausgestoßenen Drohung sammelte sich vor dem Gasthause eine größere Menschenmenge an, die allmählich bis auf 60—80 Menschen anwuchs. Es waren darunter Männer, Frauen und Kinder, in der großen Mehrzahl waren es Polen. Inwieweit sich die Anwesenden an dem folgenden Tumult beteiligt haben und wieweit die Anwesenden lediglich als Zuschauer zugesehen haben, ist nicht festzustellen. Fest steht immerhin, daß außer Smolinski und seinen Verwandten auch noch eine Reihe anderer Personen bei dem Krawall beteiligt gewesen sind. Es wurde nun vor dem Gasthause gejohlt und gelärmt, gegen die Fenster und den Zaun, der sich vor dem neben dem Gasthause gelegenen Hof befindet, mit Fäusten und Stöcken geschlagen. Es wurden auch Drohrufe laut: „Die sollen noch dran glauben.“ „Den Samps werden wir die Hälse abschneiden.“ „Dem Deutschländer wollen wir das Haus abbrennen.“ „Die Bude wird gestürmt werden.“ Infolge dieses Tumults entstand bei den Insassen der Gastwirtschaft die Befürchtung, daß die Leute vor dem Hause ihre Drohungen wahr machen und tatsächlich zu Gewalttätigkeiten übergehen würden. Infolgedessen wurden die Fensterläden geschlossen und das Licht ausgemacht. Die Eheleute Deutschländer flüchteten auf die Kellertreppe, die Eheleute Teschendorf hinten durch den Garten über den Zaun nach Hause. Der Gastwirt Kanwischer gab dann dem Besitzersohn Bednarz seine geladene Pistole mit der Aufforderung, Schreckschüsse abzugeben. Letzterer schoß darauf auf den Hof dreimal in die Luft. Trotzdem wich die Menge nicht auseinander. Kanwischer schickte auch noch seinen kleinen Sohn nach dem Lokal von Michlinski, um den jungen Deutschländer zu holen, der dort zusammen mit dem Lehrer Rogowski saß. Als Deutschländer daraufhin nach der Gastwirtschaft von Kanwischer hineilte, trat ihm vor dem Zaun Smolinski entgegen mit den Worten: „Sieh mal, wie mich deine Kameraden zugerichtet haben.“ Smolinski wurde jedoch von anderen Personen zurückgerissen, so daß es zu Tätlichkeiten gegenüber Deutschländer nicht gekommen ist. Deutschländer ging darauf nach der Gastwirtschaft und hörte hier von dem Vorgefallenen. Inzwischen war der Gemeindevorsteher Samp, gefolgt von noch anderen Personen, herausgegangen, um die Leute zu beruhigen. Auf dem Hofe nahm er sich eine Forke und trug diese mit dem eisernen Teil nach oben wie einen Spazierstock in der Hand. Er trat auf die Straße unter die Menschen und sagte: „Leute seid doch ruhig.“ Da kam Frau Koruna auf ihn zu mit den Worten: „Sie wollen wohl meinen Bruder nochmals schlagen.“ Sie griff nach der Forke des Gemeindevorstehers, erhielt dabei einen Schlag auf den Arm, ob absichtlich oder unabsichtlich, ist nicht festgestellt, so daß sie wieder losließ. Darauf entrissen die beiden Koruna dem Gemeindevorsteher die Forke, die Alexander Koruna an sich nahm. Als sich der Gemeindevorsteher umdrehte, erhielt er von Franz Koruna einen Schlag mit einem Totschläger über den Kopf und noch einen weiteren Schlag von einer nicht näher festgestellten Person, so daß er taumelte. Als Dobrowolski, der gleichfalls herausgegangen war, am Hoftor eine Person an der Erde liegen sah, nahm er an, dies sei der junge Deutschländer, der sich gleichfalls noch draußen befand und rief: „Sie haben den Deutschländer totgeschlagen.“ Darauf kam der alte Deutschländer heraus; als er das Tor erreicht hatte, flog ihm eine Flasche an den Kopf, so daß er schleunigst wieder in die Wirtschaft zurückging. Der Angeklagte hatte gleichfalls die Worte des Dobrowolski gehört. Er eilte daraufhin hinten über den Gartenzaun nach Hause und holte seine Pistole. Als er zurückkam, fand er seinen Bruder blutend im Lokale vor. Er ging nunmehr heraus und traf auf dem Hof den jungen Deutschländer, der zu ihm sagte: „Komm nur zurück, sie schlagen uns alle tot.“ Der Angeklagte trat deßungeachtet hinaus auf die Straße, kam wieder auf den Hof zurück und gab nunmehr mit seinem Revolver vier Schüsse ab. Durch einen dieser Schüsse wurde der Arbeiter Franz Cyrson an der linken Brustseite und am linken Arm verletzt, und die Arbeiterin Sophie Ciechanowski, die sich ebenso wie Cyrson auf der Straße befand, tötlich getroffen. Sie starb unmittelbar darauf infolge einer Verletzung der Bauchschlagader. Daraufhin wich die Menge auseinander. Dieser Sachverhalt ist auf Grund der Aussagen der Zeugen Kanwischer, Bednarz, Deutschländer, Vater und Sohn, Teschendorf, Gemeindevorsteher Samp, Griepentrop, Isdepski, Neumann, Grochowski, Kolaczynski, Gastwirtssohn Ewald Kanwischer, Franz Koruna, Frau Koruna, Krajewski, Thiel, Wendt, Ruttkowski, Rogowski, Gertrud und Leokadia Merchel, Schneiderin Isdepski, Borkowski, Dobrowolski, Sensik, Mokwa und Smolinski, die bis auf Samp und Ewald Kanwischer beeidigt sind, sowie der endlichen Aussagen der Zeugen und Sachverständigen Dr. Groß und Dr. Gäthgens in Verbindung mit den eigenen Angaben des Angeklagten erwiesen. Weitere Einzelheiten konnten bei den zum Teil erheblich voneinander abweichenden Angaben der deutschen und polnischen Zeugen nicht festgestellt werden.

Der Angeklagte wird bezichtigt, durch ein und dieselbe Handlung versucht zu haben, den Arbeiter Smolinski vorsätzlich zu töten und durch Fahrlässigkeit den Tod der Arbeiterin Ciechanowski verursacht zu haben. Verbrechen und Vergehen gegen §§ 212, 222, 43, 73 St.-G.-B.

Der Angeklagte bestreitet nicht, daß einer der von ihm abgegebenen Schüsse die tötliche Verletzung der Ciechanowski herbeigeführt hat. Er behauptet jedoch, in Notwehr gehandelt zu haben, und führt zu seiner Verteidigung folgendes aus: Als er von der Straße auf den Hof hineingeflüchtet sei, sei er allein gewesen und von Smolinski verfolgt worden. Als er die Innenseite des Hofes erreicht habe, habe er die Hoftür schließen wollen, sei jedoch daran durch Smolinski, der eine Forke in der Hand gehabt habe, mit Gewalt gehindert worden. Da er sich durch Smolinski, der danach gestrebt habe, in den Hof einzudringen, bedroht gefühlt habe, habe er sich zur Abgabe der Schüsse veranlaßt gesehen. Die ersten beiden Schüsse habe er dicht am Tor in die Luft abgegeben. Darauf sei Smolinski, gefolgt von etwa 15—20 Mann in den Hof eingedrungen. Er, Angeklagter, sei nunmehr einige Schritte zurückgesprungen und habe die zwei weiteren Schüsse abgegeben. Er habe weder Smolinski noch einen anderen treffen wollen. In seiner Not habe er ohne jede Überlegung blindlings drauflos geschossen. Nicht nur seine eigene Person sei gefährdet gewesen, sondern auch diejenigen Personen, die in dem Gasthause anwesend gewesen seien. Es sei zu befürchten gewesen, daß die Menge gewaltsam in das Gasthaus eingedrungen wäre, wenn ihr nicht rechtzeitig Gewalt entgegengesetzt worden wäre. Die Anklage geht davon aus, daß der Angeklagte den Smolinski habe treffen wollen. Dies hat zwar der Angeklagte bei seiner ersten Vernehmung angegeben, nachträglich jedoch widerrufen. Seine spätere, auch in der Hauptverhandlung wiederholte Angabe, er habe blindlings drauflos geschossen, erscheint jedoch glaubhafter und wird mangels gegenteiliger Feststellung auch vom Gericht als richtig unterstellt. Dann würde aber nicht versuchter Totschlag in Tateinheit mit fahrlässiger Tötung in Frage kommen, sondern vollendeter Totschlag. Die Angabe des Angeklagten, er habe niemand treffen wollen, kann nicht ernst genommen werden. Es unterliegt keinem Zweifel, daß er sich, wenn er blindlings auf die Straße in die dort versammelte Menschenmenge schoß, bewußt war, daß durch seine Schüsse jede auf der Straße befindliche Person getroffen und getötet werden konnte. Es würde daher zum mindesten Eventualdolus in Frage kommen. Trotzdem mußte die Freisprechung des Angeklagten erfolgen. Die Darstellung des Angeklagten ist allerdings nicht in vollem Umfange bestätigt worden, insofern, als er behauptet, Smolinski habe beim Beginn des Schießens an dem Hoftor gestanden und sei mit einer Forke bewaffnet gewesen. Vielmehr ergibt die Aussage des unparteiischen Gemeindedieners Isdepski, der Smolinski in dem Augenblick als die Schüsse fielen, an der Hand hielt, daß Smolinski zu dieser Zeit etwa zehn Schritte vom Hoftor entfernt stand. Dies ist jedoch nicht von entscheidender Bedeutung. Es kann vielmehr auf sich beruhen, ob tatsächlich der Fall der Notwehr im Sinne des § 53 St.-G.-B. gegeben war, ob tatsächlich ein gegenwärtiger rechtswidriger Angriff drohte. Bei den widersprechenden Zeugenaussagen kann dies nicht mit Sicherheit festgestellt werden. Nach den Aussagen der deutschen Zeugen waren von Seiten der Menge Gewalttätigkeiten jederzeit zu erwarten, während andererseits die polnischen Zeugen den ganzen Vorgang verhältnismäßig harmlos darstellen. Denn eine Freisprechung des Angeklagten muß auch schon dann erfolgen, wenn er irrtümlicherweise der Ansicht war, daß die von ihm begangene Handlung durch Notwehr geboten war. Dies hält das Gericht in jedem Fall für festgestellt.

Vor dem Gasthaus hatte sich eine 60—80 Menschen zählende Menge angesammelt, die größtenteils aus Polen bestand. Es wurde gejohlt und gelärmt, gegen die Fenster und den Zaun geschlagen. Drohrufe wurden gegen die Gebrüder Samp, Deutschländer und Kanwischer ausgestoßen. Der Gemeindevorsteher und der alte Deutschländer waren bereits geschlagen worden. Bei den scharfen nationalen Gegensätzen, die in Neumark zwischen Polen und Deutschen bestehen, konnten daher die im Gasthaus befindlichen Deutschen sehr wohl damit rechnen, daß die Menge ihre Drohungen wahr machen, das Gasthaus stürmen und sich an den darin befindlichen Personen vergreifen würde. Die Insassen des Gasthauses konnten nicht wissen, inwieweit die Menge nur aus Zuschauern bestand, die den von Smolinski angezettelten Krawall nicht mitmachen wollten. Sie konnten daher sehr wohl annehmen, daß die Menge in ihrer Gesamtheit zu Gewalttätigkeiten übergehen würde. Daß sich die im Gasthaus befindlichen Anwesenden tatsächlich schwer bedroht fühlten, dafür sprechen eine Reihe von Umständen: Die Eheleute Deutschländer waren auf die Kellertreppe geflüchtet, die Eheleute Teschendorf hinten durch den Garten über den Zaun nach Hause, Kanwischer hatte dem Bednarz seine Pistole zur Abgabe von Schreckschüssen gegeben, er hatte den jungen Deutschländer aus der Gastwirtschaft von Michlinski zur Hilfe rufen lassen, Dobrowolski, der an dem Hoftor einen Menschen auf der Erde hatte liegen sehen, hatte angenommen, daß der junge Deutschländer erschlagen worden sei, der alte Deutschländer hatte die dahingehende Äußerung des Dobrowolski für ernst genommen. Unter diesen Umständen kann auch dem Angeklagten geglaubt werden, daß er, als er die Pistole von Hause holte, die Lage für äußerst bedrohlich ansah und in dem Augenblick, als er die Schüsse abgab, damit rechnete, daß die Menge im nächsten Augenblick ihn über den Haufen rennen, das Gasthaus stürmen und dort Gewalttätigkeiten gegen Personen und Sachen verüben würde. Ferner nimmt das Gericht auch an, daß der Angeklagte der Ansicht gewesen ist, nur der ernste Gebrauch von der Schußwaffe könnte sein Leben und das seiner Freunde retten. Die Schreckschüsse des Bednarz hatten keinen Eindruck auf Smolinski und die übrigen Ruhestörer gemacht. Wenn der Angeklagte nochmals nur Schreckschüsse abgab, so stand zu befürchten, daß die schon sehr erregte Menge in noch größere Erregung geriet. Wenn tatsächlich die Lage so bedrohlich war, wie der Angeklagte sie ansah, so waren Schreckschüsse ein ungeeignetes Mittel zur Abwehr. Es mußte vielmehr den Leuten gezeigt werden, daß ernst gemacht wurde. Das Gericht hält mithin für festgestellt, daß der Angeklagte, wenn auch irrtümlicherweise (§ 59 St. G. B.) der Ansicht war, daß ein gegenwärtiger rechtswidriger Angriff gegen ihn und seine Freunde drohte und daß die von ihm in die Menge abgegebenen Schüsse zur Abwehr des Angriffs erforderlich waren. Die Strafbarkeit seiner Handlungsweise ist daher mangels Dolus ausgeschlossen. Aber auch eine Bestrafung wegen fahrlässiger Tötung kann nicht stattfinden. Zwar ist infolge des Irrtums des Angeklagten nur die aus Vorsatz begangene Handlung straflos. Aus dem vorstehenden ergibt sich jedoch, daß der Irrtum, der den Angeklagten zu seiner Handlungsweise berechtigte, entschuldbar war, und auch bei Anwendung der den Umständen nach gebotenen Aufmerksamkeit und Besonnenheit nicht vermieden werden konnte. Fahrlässigkeit liegt daher nicht vor. Hiernach hatte die Freisprechung des Angeklagten zu erfolgen, und zwar nach § 467 St. P. O. auf Kosten der Staatskasse.

gez. v. Loesen. gez. Reichardt. gez. Deutschkorn.

Ausgefertigt.

L. S. gez. Unterschrift, Kanzleiinspektor,
Gerichtsschreiber des Landgerichts.

*

Das Urteil des Elbinger Gerichts gräbt einer armseligen PAT.-Legende das Grab. Von einem „Morde“ der unglücklichen Sophia Ciechanowska, einem „mit Überlegung“ ausgeführten Anschlag auf das junge Leben dieser „hervorragenden polnischen Agitatorin in der Fremde“, wie sie der „Dziennik Poznański“ bezeichnet, ist keine Rede. Sie wurde durch die blind in eine drohende Menge abgegebenen Schüsse eines in Notwehr handelnden Mannes hingestreckt. Wir bedauern dieses tragische Ende, aber können nicht umhin, diesen Nachruf mit einem alten deutschen Sprichwort zu begleiten: „Wer sich in Gefahr begibt, kommt darin um!“

Die Meldung der Polnischen Telegraphen-Agentur von einer „Sprengung der Versammlung eines polnischen Jugendvereins in Neumark“ wird als offensichtliche Lüge demaskiert. Nicht die Deutschen waren die Provokateure, sondern der Pole Smoliński, der Hauptschuldige an dem ganzen Vorfall, der zunächst die im Gasthaus versammelten Deutschen herausforderte und dann die Belagerung der Wirtschaft Kanwischer in Szene setzte.

Wir Deutschen in Polen wollen es uns nicht ausmalen, was wohl mit uns geschehen wäre, wenn wir es wagen würden, uns am polnischen Herrentische in deutscher Sprache herausfordernd zu benehmen, wenn wir einen Auflauf veranstalteten, weil uns das Absingen polnischer Lieder nicht gefiele. Die berufsmäßigen Feinde des Deutschtums, die diesen ganzen Wirtshausstreit verdreht und danach zu einer hochpolitischen Angelegenheit aufgebauscht haben, wissen sehr wohl, welch ein Geschrei sie angesichts ähnlicher Vorgänge auf dieser Seite der Grenzpfähle erheben würden.

Der oben wiedergegebene Kommentar, den wir am 13. Juli in aufrichtiger Erregung zu der verleumderischen PAT.-Meldung geschrieben haben, verurteilt aufs schärfste den Haß zwischen den deutschen und polnischen Nachbarn. An dieser Stellungnahme wird durch das Elbingr Urteil nichts geändert. Gerade aber der Umstand, daß wir im guten Glauben an die Wahrheit der Polnischen Telegraphen-Agentur mit unseren deutschen Brüdern im westpreußischen Abstimmungsgebiet so überaus scharf ins Gericht gegangen sind, gibt uns die Berechtigung, mit derselben Schärfe, die diesmal nicht über das Ziel hinausschießt, sondern auf einem — wie selbst der erbittertste Gegner zugeben muß — in jeder Zeile die Objektivität musterhaft wahrenden Urteil beruht, den Geist der Lüge bloßzustellen, der den tragischen Tod eines unpolitischen jungen Mädchens benutzt, um an ihrem Grabe die Fahne des Hasses aufzupflanzen und die enge Gruft, in der ihre Gebeine ruhen, zu einer neuen tiefen Kluft zwischen zwei Völkern zu verbreitern, von denen das deutsche, zu dem wir uns auch als Minderheit mit Stolz bekennen, in dieses Land viel Recht und Wahrheit brachte, um viel Unrecht und Lüge zu ernten.

Mißbrauch der polizeilichen Amtsgewalt.

Interpellation

des Abg. Graebe von der Deutschen Vereinigung im Sejm und anderer Abgeordneter an den Herrn Minister des Innern wegen Mißbrauchs der Amtsgewalt durch die Polizei in Bromberg.

Ende September d. J. ließ der Abg. Graebe den Vorsitzenden des Zentralverbandes deutscher Arbeiter, Arbeiter Horn, der sich gerade auf seiner Dienststelle in Bromberg, Gdańska 36, befand, zu einer kurzen Besprechung zu sich kommen.

Nach Verlauf von drei Tagen früh morgens erschien in der Wohnung des Arbeiters Horn ein Polizeibeamter und führte ihn zur Polizeiwache in Schwedenhöhe, so daß Horn seiner Arbeit nicht nachgehen konnte. Auf der Polizei wurde Horn verhört, weswegen er den Abg. Graebe aufgesucht habe, und was derselbe von ihm wollte.

Aus obigem geht hervor, daß eine genaue Kontrolle derjenigen Personen erfolgt, die sich an die Abgeordneten wenden oder mit denen die Abgeordneten zu sprechen wünschen. Dieses Vorgehen gibt neue Aufschlüsse darüber, was die Polizei eigentlich für ihre Hauptaufgabe ansieht und zu welchem Zweck die übermäßige Zahl von Polizeibeamten gebraucht wird.

In Anbetracht dessen, daß das obige Verfahren in keiner Weise mit den Bestimmungen der Konstitution in Einklang zu bringen ist, fragen wir den Herrn Innenminister an:

1. Was gedenkt er zu tun, um den Abgeordneten den freien Verkehr mit den Wählern zu sichern und in Zukunft ähnliche Mißgriffe zu verhindern?
2. Wird der Beamte, der sich diesen unerhörten Mißgriff hat zuschulden kommen lassen, zur Verantwortung gezogen werden, und auf welche Weise?

Warschau, den 30. Oktober 1924.

Die Interpellanten.

Pommerellen.

11. November.

Graudenz (Grudziądz).

e **Verlegung von Fernsprechleitungen.** Wegen Verbreiterung des Bahnkörpers an dem Übergang der Rehdener Straße zum Ausbau des Anschlußgleises nach dem Schlachthofe mußten die Fernsprechleitungen verlegt werden. *

d **Auf dem hiesigen evangelischen Friedhofe** werden auch diejenigen ehemals Evangelischen bestattet, welche seinerzeit aus der Landeskirche ausgeschieden und zu Sekten übergetreten waren. Die verschiedenen Sekten besitzen keine eigenen Friedhöfe und die evangelische Kirche gewährt ihren Toten die letzte Ruhestätte. Es wurde sogar den Predigern der Sekten gestattet, Leichenreden zu halten und die Bestattung vorzunehmen. Das hat aber zu Unzuträglichkeiten geführt; denn die Leichenreden wurden manchmal mißbraucht zu Angriffen gegen die evangelische Kirche und zur Propaganda. Es ist daher vom evangelischen Gemeindekirchenrat bestimmt worden, daß in Zukunft die Leichenreden und Bestattungen nur von den Ortsgeistlichen vorgenommen werden dürfen. Nur unter dieser Bedingung ist die Benutzung des Friedhofes zulässig. *

d **Eingegangen** ist das seit über hundert Jahren bestehende Materialwarengeschäft von Ph. Reich. Nachdem Stadtrat Reich das Geschäft an eine Gesellschaft verkauft hatte, wurde es geteilt. Neben einem selbständigen Kleinhandelsgeschäft wurde noch ein Warengroßhandel betrieben. Es haben jetzt beide Betriebe ihre Tätigkeit eingestellt. Laden und Kontorräume sowie Ausspannung sind geschlossen. *

e **Notwendige Instandsetzung der städtischen Chausseen.** Bei Ausscheidung der Stadt aus dem Kreise Graudenz und Bildung des Stadtkreises mußte die Stadt den Teil der Chausseen übernehmen, der in ihrem Gebiete liegt. Es handelt sich um die Strecken der Chausseen nach Culm und nach Rehden, ferner um die Abweigung der Chaussee von Rehkrug nach Debenz. Letztere ist die längste Strecke, deren Unterhaltung einen bedeutenden Kostenaufwand verursacht. Diese Straße gehört nicht zu dem Hauptstraßennetz, sondern wurde erst später in leichterer Bauart ausgeführt. Die Abnutzung der Straße geht daher auch leichter und schneller vonstatten. Der Kreis hat seit jeher sein besonders für den Straßenbau ausgebildetes Personal, dem Beaufsichtigung und Unterhaltung unterstellt ist. Die Stadt läßt den Chausseebau und die Reparaturen durch das Stadtbauamt ausführen. Während die Pflasterstraßen in der Stadt, die selten Reparaturen erfordern, in gutem Zustande sind, kann man das von den städtischen Chausseestrecken nicht immer sagen. Schon seit einiger Zeit ist die Chaussee Rehkrug—Piasken recht schadhaft. Von dem Personal wurden die schadhaften Stellen auch schon mehrmals abgemessen, aber eine Reparatur noch nicht vorgenommen. Wird die Ausbesserung nicht jetzt, vor Eintritt des Frostes, ausgeführt, so bleiben die Schäden bis zum Frühjahr bestehen. Der Verkehr wird durch die schadhafte Straße sehr erschwert und die kommenden Reparaturen werden immer kostspieliger. *

dr. **Die „Singakademie"**, der einzige in Graudenz noch bestehende deutsche Verein für gemischten Chorgesang, veranstaltete am 7. d. M. im großen Saale des Gemeindehauses einen „Herbst-Liederabend", der eine recht sinnreich zusammengesetzte Reihe von Chor- und Sologesängen, wie auch ein paar nette Reigentänze aufwies. Unter der Leitung des neuen Chormeisters, Herrn Musikdirektor Alfred Hetschko, und der freundlichen Mitwirkung der Sopranistin Frau Lisa Meyer wie auch des Orchesters der Deutschen Bühne war das Gelingen des Abends gesichert. Die vorgetragenen Chöre bekundeten einen außerordentlichen Fortschritt in der Pflege der edlen Sangeskunst, den der Verein seinem neuen Meister verdankt, und es ist mit Freude und Genugtuung zu begrüßen, daß nun wieder mehr Leben in den Verein einzieht. Sängerinnen und Sänger gaben sich Mühe, als wohldisziplinierter und gut geschulter Chor zu erscheinen und der Erfolg blieb nicht aus. Sämtliche Chöre wurden mit viel Ausdruck und Verständnis vorgetragen und fanden lebhaften Beifall der Zuhörer. Besonders hervorzuheben sind: „Herbstlied" von Fr. Abt, „Abschied vom Walde" von F. Mendelssohn, „Jägerlied" von R. Wüerst und der mit Klavierbegleitung zu Gehör gebrachte herrliche Chor aus W. Rudnicks Märchendichtung „Dornröschen": „Wir weben und wallen ums Königsschloß". Frau Fleischfrässer am Klavier hatte wieder Gelegenheit, ihre vorzüglichen Leistungen als Begleiterin zu zeigen, was um so höher einzuschätzen ist, als sie mit jedem Abend, den sie dem Verein widmet, ein Opfer bringt. Besondere Anerkennung und Dank sei noch der Solosängerin Frau Lisa Mayer gebracht, die sich in liebenswürdiger Weise bereitgefunden hatte, durch einige Lieder des Programm zu schmücken. In den „Rosenliedern" von H. v. Eulenburg kam ihre weiche, klangvolle Stimme weniger zur Geltung, und das Ganze machte einen etwas farblosen, schleppenden Eindruck. Dafür aber sang sie „Die Rosen blühten" von Alex v. Fielitz mit viel Innigkeit und Wärme, wobei denn auch der wohltuende, sanfte und doch kräftige Klang ihrer reinen Stimme die Wirkung nicht verfehlte. Die Zuhörer dankten ihr den Genuß mit andauernden Beifallskundgebungen. Auch die von Frau Sienell nach eigener Idee einstudierten Reigen, Pierrottanz nach Schuberts „Moment musical" (von Kindern getanzt), und „Schneeflockenreigen", vorgeführt von Damen der Singakademie, unter denen sich besonders Frl. Borchsenius als Schneekönigin und Frl. Kopper durch graziöse und harmonische Bewegungen auszeichneten, wurden gut aufgenommen und fanden allgemeinen Beifall. Doch muß hier bemerkt werden, daß die Idee des Schneeflockenreigens nicht viel Neues bot und vielleicht auch nicht ganz glücklich war, denn es lag in dem Gesamtbilde etwas zu viel Symmetrie. Es fehlte das wirbelnde, unregelmäßige Durcheinander, das einem Schneefall eigen ist. Die Kinder aber machten ihre Sache recht nett und mußten zur Belohnung ihr Tänzchen wiederholen. Einschließlich des Orchesters der Deutschen Bühne, das an Stärke und Leistungsfähigkeit unter der kurzen Leitung des Herrn Hetschko auch bedeutend zugenommen hat, waren die Darbietungen eines regeren Besuches durchaus würdig, und es befremdet außerordentlich, daß die Abende, an denen uns Gelegenheit geboten wird, wahre und echte Kulturwerte, und sei es auch nur Volkskunst, zu genießen und ein wenig Seelen- und Gemütspflege zu treiben, so wenig Anklang finden. *

*

Vereine, Veranstaltungen 2c.

Gastspiel des Danziger Stadttheaters. Von vielen Seiten ist die Theaterleitung gebeten worden, die Preise für das Gastspiel, das ganz außergewöhnlichen Kunstgenuß verspricht, herunterzusetzen, um trotz der schlechten Zeiten den Besuch allen Kreisen zu ermöglichen. Diesem Wunsch ist die Theaterleitung nachgekommen und hat einzelne Plätze ganz bedeutend ermäßigt. 22851 *

Thorn (Toruń).

≠ **Kirchliche Wahlen.** Nach dem Sonntags-Gottesdienst fand in der Altstädtischen evangelischen Kirche die Wahl für die Kirchenrats-Mitglieder und Gemeindevertreter der drei hiesigen evangelischen Gemeinden statt. In der Altstädtischen Gemeinde wurden alle Ausscheidenden wiedergewählt. Neu in den Gemeindekirchenrat gewählt wurde Herr Oskar Stephan, in die Gemeindevertretung Herr Max Krüger (Altstädt. Markt — Stary Rynek), ferner die Herren Richard Bremer und Max Dolega. In der Neustädtischen Gemeinde sind keine Veränderungen vorgekommen. In der St. Georgengemeinde blieb der Kirchenrat in der bisherigen Zusammensetzung; als Gemeindevertreter wurde hier Herr Gärtnereibesitzer Gustav Krüger neugewählt. **

≠ **Fahnenweihe.** Der hiesige Verband der Postbeamten (Związek Pocztowców) beging am Sonntag die Weihe seiner neuen Fahne, die in der St. Johanniskirche erfolgte. Nach dem Gottesdienst fand gemeinsame Mittagstafel im „Artushof" und abends ebendaselbst ein Tanzvergnügen statt. **

≠ **Der Wohltätigkeitsbasar des Deutschen Frauenvereins**, der am Sonntag im Deutschen Heim stattfand, bot so viel Schönes, daß es erforderlich ist, noch einmal darauf zurückzukommen. Für heute sei nur erwähnt, daß er sehr gut besucht war, wenn auch das Land nicht so zahlreich wie sonst in früheren Jahren vertreten war. Hoffentlich hat der finanzielle Abschluß die Erwartungen erfüllt. **

≠ **Von der Weichsel.** Der Wasserstand hat über Sonntag weiterhin etwas zugenommen. Montag früh zeigte der Pegel 0,40 Meter über Normal an. — An Schiffsverkehr war zu verzeichnen: Dampfer „Praga" kam aus Borowicze (Kongreßpolen), er hatte drei Kähne im Schlepp, die dort Zucker geladen hatten. Sie sind für Danzig bestimmt. Von Thorn fuhr ein anderer Dampfer mit zwei Kähnen, die gleichfalls Zucker geladen hatten, nach Danzig ab. An Traften passierten fünf Stück. **

≠ **Nachtfrost.** In der Nacht zu Sonntag, die recht mondhell war, erreichte das Thermometer die in diesem Herbst noch nicht gemessene Gradzahl von 2,5 unter Null (Celsius). An verschiedenen Stellen hatte sich auf Wasseroberflächen Eis bis zu mehreren Millimetern Stärke gebildet. Am Sonntag vormittag trat dann wieder ein Umschwung ein. Das Quecksilber erreichte in der Sonne 20 Grad, im Schatten 10 bis 12 Grad über Null. **

≠ **Feuer.** Sonntag vormittags gegen 9 Uhr wurde die Feuerwehr telephonisch nach der Vorstadt Mocker (Mokre) gerufen. In der Nähe des Eichberges (Dębowa Góra) stand das Wohnhäuschen, die Scheune und der Stall der der Witwe Anna Heinrich gehörigen Besitzung in hellen Flammen. Ein energisches Vorgehen gegen die wütenden Flammen war anfangs wegen Wassermangels unmöglich. Da die Brunnen der umliegenden Gehöfte nicht genügend Wasser aufwiesen, wurde eine Schlauchleitung bis zum nächsten Hydranten in der Graudenzer Straße gelegt. Der Brandschaden ist bedeutend: an lebendem Inventar kamen ein Pferd, eine Ziege und zwei einige Zentner schwere Schweine in den Flammen um. Zwei andere Borstentiere konnten noch rechtzeitig durch Feuerwehrleute gerettet werden. **

—* **Aus dem Landkreise Thorn**, 9. November. Die Haushaltspläne für das Jahr 1925 werden demnächst in den Landgemeinden zur Beratung kommen, und jedenfalls eine große Umwälzung in den Endsummen erfahren, da in diesem Jahre manche Gemeinde mit der halben, im Haushaltsplan veranschlagten Summe ausgekommen ist.

---

* **Dirschau (Tczew)**, 10. November. In der letzten Stadtverordnetensitzung stand noch ein Dringlichkeitsantrag mehrerer Abgeordneten zur Beratung. Es wurde die Übernahme der gesamten Straßenreinigung und der Gemüllabfuhr in eigene städtische Regie gefordert. Hierbei kamen dann die verschiedensten Klagen über die völlig unzureichende Straßenreinigung und die Müllabfuhr zur Sprache. Um diesem Übelstande abzuhelfen, soll im nächsten Jahre ein eigener Fuhrpark angeschafft werden. Der Magistrat steht diesem Plan im ganzen auch wohlwollend gegenüber, doch muß hiervon noch vorläufig abgesehen werden, wegen Mangels an Barmitteln dazu. Die Versammlung erklärte sich schließlich damit einverstanden, daß der Magistrat diese Sache weiter im Auge behält.

* **Konitz (Chojnice)**, 10. November. Infolge des von den obersten Verwaltungsbehörden angeordneten Beamtenabbaus erhielten auch am hiesigen Gericht einige Beamten ihre Kündigung zugestellt, nachdem sie bereits eine Reihe von Jahren Dienst taten.

* **Putzig (Puck)**, 10. November. Vor einigen Tagen biß ein herrenloser Hund das Kind des Arbeiters Twork in Mrzezino. Der Hund wurde getötet und der Kreisarzt stellte bei ihm Tollwut fest. Das Kind wurde zur Beobachtung ins Pasteursche Institut nach Warschau gebracht.

dr. **Schwetz**, 8. November. Der Männergesangverein „Concordia" Gruczno feierte kürzlich im Paapkeschen Saale in Gruczno bei zahlreichem Besuch sein erstes Stiftungsfest. U. a. waren auch die Nachbarvereine „Einigkeit"-Schwetz und „Liedertafel"-Culm erschienen, die sich auch gesanglich beteiligten. Ihre Lieder fanden allgemeinen Beifall. Außer den Chorgesängen gab es noch zwei Einakter: „Förster Mertens", ein Trauerspiel, das Lustspiel „Einer muß heiraten". Die Rollen waren durchweg gut besetzt und wurden

sehr wirksam dargestellt durch Herrn Heise als Förster Mertens, Frl. Wendt als Elma, Herrn Goyer als Baron, Herrn Kinder als alten Waldhüter, Herrn Semrau als Maler Sturm. Im Lustspiel wurden die Hauptrollen ebenfalls vorzüglich gegeben durch die Herren Heidemann und Goertz, sowie Frau Bunn und Frl. Jarmuth. Herr Pannicke vom Sängerbund Posen-Pommerellen sprach sich sehr anerkennend über den Verein aus und wünschte ihm fernere gute Entwickelung. Nach den Vorträgen trat der Tanz in seine Rechte.

et **Tuchel (Tuchola)**, 9. November. Die bei der Innenrenovierung der kath. Pfarrkirche in Konitz letzt bloßgelegte Grabkammer enthält die Gebeine des Geistlichen Martin Thiede, welcher von 1785 bis 1795 an der hiesigen Pfarrkirche als Kommendarius wirkte, und zwar unter den verordneten Pfarrern Anton Sikorski und Adalbert von Scheinert. Die Pfarrer von Tuchel waren früher meist zugleich Domherren oder Archidiakone des im Jahre 1578 fundierten Kaminer Domstifts. Da im letzten Falle ihre ganze Tätigkeit von dem Stift allein in Anspruch genommen war, so kamen sie selten nach Tuchel. Geschah es dennoch, so nahmen sie ihren Wohnsitz nicht in der Stadt, sondern auf dem Pfarrgut Bialowierz und begaben sich nur an Sonn- und Feiertagen nach Tuchel, um daselbst den Gottesdienst abzuhalten. Die Seelsorge in der Pfarrei lag den drei Geistlichen ob, die dem verordneten Pfarrer zugeteilt waren. Unter Kommendarius Thiede wurde die jetzige hiesige Pfarrkirche erbaut, weil die alte Kirche dem großen Brande vom 17. Mai 1781 zum Opfer gefallen war. Nur Th. ist es zu danken, daß die Kirche massiv errichtet wurde. Sie sollte ursprünglich in Fachwerk aufgeführt werden, auf seine wiederholten Vorstellungen aber bewilligte der Fiskus schließlich den Massivbau und gab zu den Mehrkosten 600 Taler. Die große und die kleine Glocke wurden aus dem übrig gebliebenen, durch das Feuer geschmolzenen Material der alten Glocken umgegossen, die neuen Glocken ließ Kommendarius Thiede auf eigene Kosten einfassen. Die große Glocke hat der obengenannte Pfarrer von Tuchel, Archidiakonus und Offizial von Kamin — Sikorski — auf seine Kosten fertigen lassen und sie trägt eine entsprechende Aufschrift; auf der kleinen Glocke ist u. a. zu lesen (übersetzt): „Martin Thiede, Kommendarius von Tuchel hat mich am 10. Juli 1785 zum Umgießen hierher schaffen lassen. Durch die Gnade Gottes fertigte mich Johann Martin Meyer zu Stettin am 10. September 1786. —"

Die polnische Metallindustrie

war in der letzten Zeit starken Schwankungen unterworfen. Jedoch herrschte allgemein Depression vor, insbesondere bei denjenigen Fabriken, die für den Export arbeiten und infolge der Kreditnot in Polen den Auslandskunden keine längeren Kredite zur Verfügung stellen konnten.

In der Landwirtschaftsmaschinen-Industrie ist seit Juli nach langanhaltendem Stillstand und größeren Arbeitsreduzierungen eine gewisse Belebung eingetreten, die nicht einmal von den Fabriken selbst vorgesehen wurde. Der Absatz an landwirtschaftlichen Maschinen auf dem Innenmarkte hat sich derart vergrößert, daß viele Fabriken zu der sechstägigen Arbeitswoche übergegangen sind. Dagegen liegt der Export von landwirtschaftlichen Maschinen aus Polen weiter still.

In der Gießereibranche ist die Konjunktur uneinheitlich. Für Erzeugnisse der Bauindustrie herrscht vollkommener Stillstand. Besser liegen die Verhältnisse in den Gießereien, die Küchengeschirr herstellen. Diese Gießereien stoßen insofern auf Schwierigkeiten, als sie zu wenig Alteisen herankommen und außerdem für dieses infolge der hohen Frachtkosten auch hohe Preise zahlen müssen. Die Fabriken in dem Radomsk-Kielcer Revier sind mit Aufträgen in Handelsguß bis Ende dieses Jahres versehen.

Die Draht- und Nägelfabriken haben seit dem 1. September die Zahl ihrer Arbeitstage auf 4 und 6 wöchentlich erhöht. Da man in Kürze wiederum mit einer Verringerung der eingehenden Aufträge rechnet, wird man wahrscheinlich in den nächsten Wochen abermals zu 3 Arbeitstagen in der Woche übergehen.

In der Installationswarenindustrie ist die Konjunktur in höchstem Grade ungünstig. Das ist insofern erklärlich, als die Auslandsfirmen 3—5jährigen Kredit in Polen erteilen, was den einheimischen Fabriken unmöglich ist. In der Industrie für Verbrennungsmaschinen ist die Nachfrage äußerst gering, da die einheimischen Fabriken bei der Kalkulation den ausländischen Firmen nicht standhalten können. Diese erteilen zweijährige Kredite bei einer Verzinsung von 6 Prozent jährlich. Der Export nach Frankreich und England hat vollständig eingestellt werden müssen, da die polnischen Verbrennungsmaschinen nicht mehr mit den französischen und englischen konkurrieren können. Die Läger der Fabriken sind deshalb überfüllt. In der Elektromotorenindustrie werden nur die alten Bestellungen erledigt; da neue Aufträge nicht einlaufen, muß man mit einem vollkommenen Stillstand rechnen.

Für Dampfmaschinen ist die Nachfrage infolge der hohen Preise minimal. Hinzu kommt, daß die polnische Industrie keine längeren Kredite erteilen kann. In den Fabriken für Maschinen der Zuckerindustrie erwartet man mit Beginn der Zuckerrübenkampagne eine Belebung.

Die Industrie für Hoch- und Brückenbau, sowie für Eisenbahnwaggons mußte wegen Mangels an Aufträgen den Betrieb verringern oder vollkommen einstellen.

Handels-Rundschau.

O. E. **Polens zollpolitische Zugeständnisse an Frankreich.** Warschau, 7. November. Im neuen polnisch-französischen Handelsvertrag, dessen Unterzeichnung in der nächsten Zeit in Paris erfolgen dürfte, hat Polen, wie der „Ost-Expreß" meldet, für eine Reihe französischer Waren Zollermäßigungen gewährt, die zum Teil sogar über die des bisherigen Vertrages vom Februar 1922 hinausgehen. Für französische Weine wird eine Ermäßigung von 90 Prozent gewährt (bisher 50 Prozent), für Liköre und Kognak 55 Prozent (bisher 50 Prozent). Die für Frankreich als Ausfuhrartikel äußerst wichtige Seide wird eine Ermäßigung von 70 Prozent anstatt der bisherigen 40 Prozent genießen. Für Automobile beträgt die Zollermäßigung 50 Prozent (bisher 40 Prozent), jedoch erhalten Kraftwagen unter 700 Kg. Gewicht nur 30 Prozent, über 1100 Kg. ebenfalls 30 Prozent und über 1500 Kg. 20 Prozent Ermäßigung; falls es sich allein um Wagenuntergestelle handelt, für die Karosserien in Polen gebaut werden sollen, erhöht sich die Ermäßigung um weitere 10 Prozent. Die wichtigste französische Gegenleistung ist die Zubilligung einer eigenartigen begrenzten Meistbegünstigung, die für Ausfuhrwaren der ehemaligen preußischen und österreichischen Landesteile Polens dieselben Vorteile sichert, welche dem deutschen Handel gewährt werden.

Kurssteigerung einiger ausländischer Valuten. Bereits in der vorvergangenen Woche wurde über die Kurssteigerung des englischen Pfundes und des holländischen Gulden an der Warschauer Börse berichtet. Die Kurssteigerung bei den beiden genannten Valuten nahm auch in der vergangenen Woche ihren Fortgang. Und zwar ist der Sterling von 23,41¾ auf 23,70 gestiegen. Der schweizerische Franken hat bereits die Parität erreicht. Seit einiger Zeit besteht lebhafte Nachfrage für Schweizer Franken, da man mit einem weiteren Steigen desselben rechnet. Der französische Franken, der bisher dauernd gefallen ist, konnte sich einigermaßen halten, und zwar dank der amerikanischen Finanzhilfe, die Frankreich zuteil geworden ist.

Aktienmarkt.

Kurse der Posener Effektenbörse vom 10. November. Kurs in 100 Mk. nom. in Zloty. Bankaktien: Bank Przemysłowców 1.—2. Em. 3,00. Bank Zw. Spół. Zarobk. 1.—11. Em. 6,80. Pozn. Bank Ziemian 1.—5. Em. 3,00. — Industrieaktien: H. Cegielski 1.—9. Em. 0,60. Centrala Rolników 1.—7. Em. 0,35. C. Hartwig 1.—6. Em. 0,77. Hartwig Kantorowicz 1.—2. Em. 3,50. Hurt. Spółek Spożywców 1.—3. Em. 0,60. Herzfeld-Viktorius 1.—3. Em. 3,00. Lubań, Fabryka przetw. ziemn. 1.—4. Em. 65,00. Młyn Ziemiański 1.—2. Em. (exkl. Ank.) 1,50. „Unja" (früher Ventzki) 1.—3. Em. 6,00. Wisła, Bydgoszcz, 1.—3. Em. 7,00. Tendenz: ruhig.

Materialienmarkt.

Notierungen der Berliner Metallbörse vom 10. November. Preis für 1 Kg. in Goldmark. Raffinadekupfer (99—993 Prozent) 1,215—1,225, Originalhüttenweichblei 0,735—0,745, Hüttenrohzink (im fr. Verkehr) 0,665—0,675, Remalted Plattenzink 0,59—0,60, Originalh.-Alum. (98—99 Prozent) in Blöcken, Walz- od. Drahtb. 2,30—2,40, do. in Walz- oder Drahtb. (99 Prozent) 2,40—2,50, Bankazinn, Straitszinn und Australzinn 5,055—5,15, Hüttenzinn (mindestens 99 Prozent) 4,95—5,00, Reinnickel (98—99 Prozent) 3,15—3,25, Antimon (Regulus) 1,02—1,05, Silber in Barren für 1 Kg. 96,00—97,50.

Offerten
mit nachstehend. Kennzeichen sind noch nachträglich eingegangen, um deren baldige Abholung in der Geschäftsstelle, innerhalb 8 Tagen, gebeten wird:
A. 11656, 11936, 12089, 12355. B. 11866, 12173, 12434. C. 11663, 12178, 12365, 22135. D. 11721, 21694. E. 11506, 12055, 12184, 12309. F. 11361, 11600, 12007, 12102, 12255, 12310, 12460, 12542, 22613. G. 11511, 11605, 11804, 12103, 12543. H. 11446, 11672, 11822, 12104, 12193, 12312. J. 11379, 11513, 11895, 12110, 22625. K. 11681, 12554. L. 12067, 12272, 12394. M. 11253, 11528, 12024, 12277, 12395. N. 11393, 11688, 11749, 11831, 12025. O. 11751, 12279, 12493. P. 11395, 11541, 12027, 12131, 12331, 22060. R. 11257, 11753, 11979, 12081. S. 11397, 11481, 11550, 11696, 12220, 12283, 12584, 21287. T. 12140. U. 11764, 11985, 12036, 12594. V. 11554, 11933. W. 12296, 12422. Z. 11486, 11583, 11709, 12353, 12525, 21663, 21776.

Herriots Abrechnung mit Millerand.

„Keinerlei Schonung mehr“.

Paris, 9. November. Herriot hat heute in Rodez, in Südfrankreich, eine wichtige politische Rede gehalten, in welcher er ausführte, daß die gegenwärtige Regierung, deren Chef er sei, von der ganzen französischen Wählerschaft als Reaktion gegen die Politik des nationalen Blocks mit der Führung der politischen Geschäfte beauftragt worden sei. Wir haben, so erklärte er, unter dem fortgesetzten Feuer der Reaktionäre, welche für sich selbst das Monopol des Patriotismus in Anspruch nahmen, durch die Akkorde von London die Ausführung des Dawes-Planes gesichert.

Daraufhin erhoben sich diejenigen, welche nichts erreicht, aber alles versprochen hatten. Sie haben jüngst das Manifest einer sogenannten Republikanisch-Nationalen Liga erstehen sehen, welches uns unsere angeblichen Konzessionen vorwirft. Diejenigen, welche die Akkorde von Spaa unterzeichnet hatten, diejenigen, welche die Frankreich gemachten Vorschläge nicht annehmen wollten, die in diplomatischen Dokumenten niedergelegt worden sind und sich auf die Regelung der interalliierten Schulden beziehen, gerade diese Leute klagen uns an, die Pfänder aus der Hand gegeben zu haben, wo doch gerade das Guthaben, das sie nur auf Illusionen aufgebaut hatten, heute unter der Kontrolle von Amerika durch die Gesamtheit der Einkünfte Deutschlands gesichert wird. Dieselben Leute werfen uns vor, die Ruhr aufgegeben zu haben, wo sie doch genau wußten, daß Frankreich zu wählen hatte zwischen ihrer Politik der isolierten Aktion, die uns notwendigerweise zu einem neuen Kriege hätte führen müssen, oder der Politik interalliierter Gemeinschaft, welche Respekt vor dem gegebenen Worte hat. Dieselben Männer wagen es, unsere Arbeit in Genf zu kritisieren.

Heute brauchen wir keinerlei Schonung mehr zu üben. Die Männer lügen, welche behaupten, Frankreich sei gezwungen, die Entwaffnung anzunehmen, ohne die Sicherheit durchgesetzt zu haben. Die Wahrheit ist die, daß Frankreich, als es das Genfer Protokoll unterzeichnete, als eine friedlich gesinnte Macht auftrat, die zu ihrer wahren Tradition zurückkehrte. Ja, wir haben für den Frieden gearbeitet, ja, wir haben die größten Anstrengungen gemacht, damit unser Land, das durch den vierjährigen Konflikt schwer geprüft wurde, nicht von neuem einem Kriege ausgesetzt wird, der nur für Kriegsgewinnler fruchtbar ist. Man möge uns doch sagen, in welchem Punkte wir die Sicherheit Frankreichs kompromittierten, wenn wir alle die Freundschaften um Frankreich herum, die es hatte, wiederherstellten, wenn wir den Völkern das energische und sanfte Gesicht des republikanischen Frankreichs zeigten.

Unsere Regierung hat das Prinzip des Schiedsgerichts durchgesetzt, welches in Zukunft zahlreiche Schwierigkeiten zu lösen haben wird. Sie hat erklärt, daß sie fortan das russische Volk nicht ignorieren will, und das ist, scheint's, ein unverzeihlicher Fehler in den Augen derer, die vor dem Zarismus in den Knien lagen. Wir haben unsere früheren Alliierten wiedergefunden. Welches auch immer die Regierung sein mag, die sie leitet, so bitten wir nur, mit ihr im guten Glauben an den Frieden der Völker zusammenarbeiten zu können. So schwer auch unsere Beziehungen zu Deutschland noch sein mögen, wir haben erklärt, mit seinem Volke gerechte und für beide Teile ehrenhafte Beziehungen wieder aufnehmen zu wollen. Wir haben den Völkern den Frieden erklärt. Wenn darin unser Verbrechen besteht, so nehmen wir die ganze Verantwortung dafür auf uns.

Im weiteren Verlaufe seiner Rede ging dann Herriot auf die Innenpolitik ein und wandte sich besonders gegen das von Millerand vor einigen Tagen veröffentlichte Manifest. Er erinnerte an Reden, die Millerand in seiner Jugend, als er noch Sozialist war, gehalten hat, und meinte wörtlich, die Reue, welche ehrlich erscheinen soll, müßte immerhin von einer gewissen Scham begleitet sein. Was würde man von einem früheren Brandstifter sagen, wenn er behaupten wollte, im Namen von Versicherungsgesellschaften zu sprechen. „Eine treue Mehrheit stützt uns“, schloß Herriot. „Wir danken ihr nicht im Namen der Regierung, sondern im Namen des Landes, dem wir ein völliges Gleichgewicht und auch Gesundheit wiedergeben wollen. Heute sind wir überzeugt, nur den allgemeinen Interessen Frankreichs zu dienen. Helft uns“, schloß Herriot, „eine Politik der Gerechtigkeit und Rechtschaffenheit durchzusetzen.“

Die Rede Herriots wurde oft von stürmischem Beifall der Versammlung unterbrochen.

Die Wahlen in Anhalt.

Dessau, 9. November. Heute haben die Wahlen zum Parlament des anhaltischen Freistaates stattgefunden, zu denen sämtliche Parteien besonders starke Propaganda gemacht haben, weil diese Wahlen gewissermaßen als Vorzeichen für die kommenden Reichstagswahlen gelten. Das Ergebnis ist eine Niederlage des Bürgerblocks, eine Verdoppelung der demokratischen Stimmen, ein Anwachsen der Sozialdemokratie und ein schwerer Verlust der Kommunistischen Partei.

*

Gegen 11 Uhr abends lag das Gesamtergebnis der anhaltischen Landtagswahl bis auf zwei kleine Orte vor. Es lautet: Sozialdemokraten 78 166 Stimmen, Demokraten 13 970 Stimmen, Bodenreformer 3199 Stimmen, Zentrum 2406 Stimmen, Kommunisten 11 113 Stimmen, Völkische 7809 Stimmen, Bürgerblock 74 225 Stimmen.

Danach verteilen sich die 36 Sitze des anhaltischen Landtages wie folgt: Sozialdemokraten 15 Mandate, Demokraten und Bodenreformer 4 Mandate, Bürgerblock 14 Mandate, Kommunisten 2 Mandate, Völkische 1 Mandat.

Der österreichische Eisenbahnerstreik.

Wien, 8. November. Nach den bis jetzt vorliegenden Meldungen ist der Eisenbahnerstreik in ganz Österreich vollständig. Die Bahnhöfe sind geschlossen. Verhandlungen zwecks Beilegung des Streiks sind nicht mehr angeknüpft worden.

München, 8. November. Infolge der strikten Durchführung des Eisenbahnerstreiks in Österreich verkehren die Züge auf bayrischer Seite nur bis Kufstein. Jeder Eisenbahnverkehr mit Italien hat aufgehört.

Die Zweigstelle München des Reichsverkehrsministeriums hat sich telegraphisch nach Wien gewendet und ersucht, wenigstens den Bahntransport von Lebensmitteln vom Brenner bis nach Kufstein zuzulassen. Auf dieses Ansuchen ist bisher keine Antwort erfolgt.

Voraussichtliche Wiederwahl des Kabinetts Seipel.
Vor der Beilegung des Streiks.

Wien, 8. November. In politischen Kreisen ist man überzeugt, daß das Kabinett Seipel in der Dienstagsitzung des Nationalrates wiedergewählt, und durch dieses Vertrauensvotum gestärkt, den Streik der Eisenbahner beilegen wird.

Anarchistische Unruhen in Spanien.

Paris, 9. November. Die spanische Zensur überwacht alle Telegramme nach dem Ausland auf das schärfste. Infolgedessen liegen keine Nachrichten über das angeblich geplante Attentat bewaffneter Banden auf den Diktator Primo de Rivera vor. Die Abendblätter gaben nur ein Communiqué wieder, nach dem die offiziellen spanischen Stellen großen Optimismus über den Verlauf der Ereignisse an der spanisch-französischen Grenze an den Tag legen. Die Pariser Abendblätter behaupten jedoch, daß Barcelona der Schauplatz blutiger Zusammenstöße zwischen Anarchisten und regulären spanischen Truppen gewesen ist. Meldungen aus englischen Quellen besagen, daß bewaffnete Anarchistenbanden mehrere Kasernen angegriffen haben und über Barcelona der Belagerungszustand verhängt sei. Nachrichten, die am Nachmittag hier eintrafen, besagen, daß die Angriffe der Banden auf die Kasernen gescheitert sind. Die spanische Gesandtschaft in Lissabon teilte an Havas mit, daß die Urheber der Zwischenfälle von Barcelona verhaftet und ins Gefängnis gebracht worden sind. In ganz Katalonien herrsche völlige Ruhe. Die an der spanischen Grenze erscheinenden französischen Blätter besagen, daß auch in mehreren Kasernen Barcelonas Meutereien unter den regulären Truppen ausgebrochen seien. Kavallerie und Polizeigendarme bewachen jetzt diese Kasernen.

Der politische Sonntag in Warschau.

Aus **Warschau**, 10. November, läßt sich der „Kurjer Poznański“ melden: Gestern fanden den ganzen Tag sehr wichtige politische Beratungen statt. Der Premier Grabski hatte eine längere Konferenz mit dem Kriegsminister General Sikorski, der ihm über die günstigen Ergebnisse seiner Reise nach Frankreich Bericht erstattete. Gleichzeitig wurden auch militärische Angelegenheiten besprochen. Darauf hatte der Premier Grabski mit dem Außenminister Skrzyński eine Besprechung über die Handelsverträge, die in nächster Zeit abgeschlossen werden sollen. Besprochen wurden auch Danziger Angelegenheiten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt des Hohen Kommissars des Völkerbundes Herr Macdonell in Warschau.

Außerdem hielten am Sonntag die Wojewoden der Ostgebiete in Warschau eine Beratung ab. An der Zusammenkunft nahmen teil der Premier Grabski, die Minister Hübner und Skrzyński, der Direktor des Sicherheitsdepartements Jaszczolt und zeitweise auch der Chef des Generalstabes General Stanislaus Haller. Das von den Wojewoden beigebrachte Material wird bei dem Erlaß von Verwaltungsanordnungen hinsichtlich der Kommunikationen und der Versorgung der Bevölkerung Berücksichtigung finden.

Heute (Montag) wird der Ministerrat eine Sitzung abhalten, wobei die Kompetenz des Generaldelegierten für die Grenzbezirke beraten werden soll. Die Regierungskreise sind anscheinend zu der Überzeugung gelangt, daß die Verwaltung der Ostgebiete eine Dezentralisation der Verwaltung erforderlich macht.

Aus Stadt und Land.

Bromberg, 11. November.

Zur Sicherung der Wege.

Die städtische Polizeiverwaltung bittet uns um folgende Veröffentlichung:

„Uns kommen immer häufiger Klagen zu Ohren, daß vorbeifahrende Automobile und andere mechanische Fahrzeuge durch Kinder mit Steinen, Sand usw. beworfen werden. Ich weise deshalb Eltern, Erzieher und Vormünder auf die Bestimmungen des § 29 der Verordnung des Ministers für öffentliche Arbeiten und des Innenministers vom 26. Juni 1924 hin, welche die Benutzung und den Schutz der Wege regelt. Nach dieser Verordnung ist es verboten, Kinder ohne Aufsicht auf öffentlichen Fahrwegen zu lassen sowie Haustiere und Geflügel auf die Straße herauszulassen. Die Übertretung dieser Bestimmungen unterliegt im Sinne des Art. 22 des Gesetzes vom 7. Oktober 1921 über die Ordnungsvorschriften auf öffentlichen Wegen einer strengen gerichtlichen Strafe. Die Polizeiorgane haben die Anordnung erhalten, diejenigen, die gegen diese Bestimmungen verstoßen, rücksichtslos zur Bestrafung zu melden.

§ **Kirchliche Woche in Nakel.** Der Arbeitsplan gestaltet sich für den morgigen Mittwoch — den Evangelischen Frauentag — wie folgt: Vorm. 10 Uhr Hauptversammlung im Schützenhaussaale. Vortrag über das Thema: „Die Frau im Heiligtum des Herrn“: Würdigung der alten Formen — Neugestaltung. Nachmittags 3 Uhr (Schützenhaus) Leiterinnenkonferenz der Frauenhilfe. Vorträge: „Frauenhilfsleitung kein Herrschen, sondern Dienen“ und „Frauenhilfsarbeit daheim und draußen“. Abends 7½ Uhr in der Kirche Evangelisationsvorträge über das Thema „Unser vernünftiger Gottesdienst“.

§ **Erhöhung der Unfallrenten.** Die Landesversicherungsanstalt teilt mit: Durch Verfügung des Ministerrats vom 15. v. M. sind die bisherigen Renten für Unfälle in Industrieunternehmen vom 1. Oktober ab um 100 Prozent erhöht worden. Die Renten betragen 4—40 zł monatlich, für vollkommen Verkrüppelte 60 zł. In entsprechendem Verhältnis sind die Renten für Witwen und Waisen berechnet. Die erhöhten Renten werden jetzt bereits von den Postämtern ausgezahlt.

§ **Festgenommen** wurden gestern fünf Personen wegen Diebstahls und zwei Betrunkene.

*

Vereine, Veranstaltungen ꝛc.

„**Biologische Streifzüge**“. Heute, 6½ Uhr, im Evgl. Gemeindehaus 3. Vorlesung: „Bausteine der organischen Welt.“ 22854

Kasino-Gesellschaft „Erholung“. Mittwoch, den 12. d. M., wird in den oberen Räumen des Kasinos ein Zeitungs- und Zeitschriftenlesezimmer eröffnet, zu dem auch Nichtmitglieder des Kasinos auf Antrag Zutritt haben. Die Benutzungsgebühr beträgt 1 Zloty für den Monat. Bedürftigen kann sie erlassen werden. Meldungen beim Aufsichtsbeamten des Lesezimmers in der Benutzungszeit, wochentags von 11—1 und 4—8 Uhr; an Sonn- und Feiertagen 4—8 Uhr. 22861

Deutsche Bühne Bydgoszcz T. z. Morgen (Mittwoch) Erstaufführung „Das Opferlamm“. Dieser prächtige Schwank der Dichter-Kompagniefirma Oskar Walther und Leo Stein, aus deren Werkstatt so manche erstklassige Theater-Unterhaltungsware hervorgegangen ist, verrät in Aufbau und Dialogführung noch die Sorgfalt jahrzehntelang erprobter Könner, wie man sie heute im Zeitalter oberfächlicher Bluffs seltener antrifft. Ein Beweis: Während noch der Schwank sich dauernd in voller Frische im Unterhaltungsrepertoire hielt, wurde seine wirkungserprobte Handlung auch zu einem Operettenlibretto „Komtesse Didi“ verwertet. Seine köstlich-komischen, geschickt gesteigerten Szenen und Pointen kommen jedoch im Originalschwank zu erheblich besserer Auswirkung, insbesondere wenn — wie bei uns — zwei treffsichere Charakterkomiker (Willi Damaschke in einer seiner typischen Professorenrollen und Else Stenzel als Kunstreiterin) im Vordergrunde stehen. 22868

Stadttheater. Einmaliges Operngastspiel erklassiger Künstler der Posener Großen Oper am Donnerstag, den 13. November, abends 8 Uhr. Zur Aufführung gelangt Rossin's Meisterstück „Der Barbier von Sevilla“, komische Oper in 3 Akten. Mit Orchesterbegleitung, in Kostümen und Dekorationen. Das melodienreiche, geistvolle und wohllautende Werk gilt als die beste italienische komische Oper. — Die Nachfrage nach Karten ist sehr groß. Theaterkasse 10—1 und 5—8 Uhr. — Telephon 1138. 22866

* * *

* **Posen** (Poznań), 10. November. Eine mehrstündige Verkehrssperre in der Gegend des Plac Wolności (fr. Wilhelmplatzes) erregte gestern vormittag unter den Anwohnern der dortigen Gegend lebhaften Unwillen. Die Sperre hatte ihre Ursache in einer Kinoaufnahme, und zwar eine nachträgliche der Vorgänge am 27. Dezember 1918, namentlich der Kämpfe um das Polizeipräsidium.

Kleine Rundschau.

* **Erdbeben in Portugal.** Wie aus Lissabon gemeldet wird, wurde dort am Sonntag früh ein gewaltiges Erdbeben wahrgenommen. Die 130 Kilometer von Lissabon gelegene Stadt Salvaterre de Magos wurde vollständig zerstört. In der Hauptstadt rief das Erdbeben eine allgemeine Panik hervor. Die Bewohner flüchteten aus der Stadt und lagerten sich unter freiem Himmel. Viele Personen erlitten während der Flucht Verletzungen. Das Erdbeben war nur von kurzer Dauer.

Handels-Rundschau.

Geldmarkt.

Warschauer Börse vom 10. November. Umsätze. Verkauf — Kauf. Belgien 25,00, 25,12—24,88; Holland 207,50, 208,50—206,50; London 23,88, 23,99—23,77; Neuyork 5,18½, 5,21—5,16; Paris 27,30, 27,43—27,17; Prag 15,48, 15,55—15,41; Schweiz 100,—, 100,50—99,50; Wien 7,32½, 7,35—7,28; Italien 22,30, 22,41—22,19. — Devisen: Dollar der Vereinigten Staaten 5,18½, 5,21—5,16.

Amtliche Devisenkurse der Danziger Börse vom 10. November. In Danziger Gulden wurden notiert für: Banknoten: 100 Zloty 104,98 Geld, 105,52 Brief; Scheck London 25,08¼ Geld, 25,08¼ Brief. Telegr. Auszahlungen: London 1 Pfund Sterling 25,10 Geld, 25,5 Brief; Holland 100 Gulden 217,50 Geld, 218,60 Brief; Zürich 100 Franken 104,86 Geld, 105,39 Brief; Warschau 100 Zloty 104,48 Geld, 105,02 Brief.

Berliner Devisenkurse.

Für drahtlose Auszahlungen in Mark	In Billionen 10. November Geld	Brief	In Billionen 7. November Geld	Brief
Buenos-Aires . 1 Pes.	1.5675	1.5775	1.555	1.565
Japan . . . . . . 1 Yen	1.615	1.625	1.61	1.62
Konstantinopel 1 t. Pfd.	2.305	2.325	2.29	2.31
London . . 1 Pfd. Strl.	19.2	19.37	19.14	19.24
Neuyork . . . . 1 Doll.	4.19	4.21	4.19	4.21
Rio de Janeiro 1 Milr.	0.465	0.475	0.46	0.47
Amsterdam . . 100 Fl.	167.48	168.32	166.78	167.62
Brüssel-Antw. 100 Frc.	20.17	20.27	20.13	20.23
Christiania . . 100 Kr.	61.40	61.70	60.70	61.00
Danzig . . . 100 Gulden	76.86	77.24	76.41	76.79
Helsingfors 100 finn M.	10.53	10.59	10.53	10.59
Italien . . . . 100 Lira	17.96	18.04	18.13	18.23
Jugoslavien 100 Dinar	6.075	6.105	6.065	6.105
Kopenhagen . . 100 Kr.	73.72	74.08	73.27	73.63
Lissabon . . 100 Escuto	16.76	16.84	16.76	16.84
Paris . . . . . 100 Frc.	22.05	22.17	21.99	22.11
Prag . . . . . . 100 Kr.	12.49	12.55	12.48	12.54
Schweiz . . . . 100 Frc.	80.75	81.15	80.77	81.17
Sofia . . . . . 100 Leva	3.05	3.07	3.066	3.085
Spanien . . . 100 Pes.	56.41	56.69	56.51	56.79
Stockholm . . . 100 Kr.	112.32	112.88	112.22	112.78
Budapest . . 100000 Kr.	5.60	5.62	5.56	5.58
Wien . . . . 100000 Kr.	5.905	5.940	5.905	5.935

Züricher Börse vom 10. November. (Amtlich.) Neuyork 5,19, London 23,88, Paris 27,27½, Wien 73, Prag 15,45, Italien 22,30, Belgien 24,90, Holland 207⅜, Berlin 123½.

Die Bank Polski zahlte heute für 1 Goldmark 1,22 Zł., 1 Dollar, große Scheine 5,10 Zł., kleine Scheine 5,16 Zł., 1 Pfund Sterling 23,55 Zł., 100 franz. Franken 26,90 Zł., 100 Schweizer Franken 98,95 Zł.

Produktenmarkt.

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 10. Novbr. (Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 Kilogr. — Doppelzentner bei sofortiger Waggon-Lieferung in Zloty.)

Weizen 24,50—26,50, **Roggen** 20,00—21,00, **Weizenmehl** (65% inkl. Säcke) 39,50—41,50, **Roggenmehl** (70% inkl. Säcke) 30,00 bis 32,00, **Roggenmehl** (65% inkl. Säcke) 34,25, **Brauereigerste** 24—26, Weizenkleie 13,50, Roggenkleie 13,00, Hafer 21,00—22,00, Fabrikkartoffeln 3,40, Eßkartoffeln —,—, Roggenstroh (lose) —,—, Roggenstroh (gepreßt) —,—, Heu (lose) —,—, Heu (gepr.) —,—. — Für Fabrikkartoffeln Transaktionspreise, alle anderen Informationspreise. — Braugerste in auserlesenen Qualitäten über Notierung. — Tendenz: Ruhig.

Danziger Getreidebörse vom 10. November. (Nichtamtlich.) Weizen behauptet 126—130 pfd. 13,95—15,00, 118—122 pfd. 12,00 bis 13,20, Roggen matter 13,00—13,40 Gulden, Gerste, feinste kujawische bis 15,00, Gerste mittel flau 13,50—14,00, Hafer unverändert 11,80 bis 12,00, Erbsen kleine unverändert 12,00—13,50, Viktoria- unverändert 15,00—18,50, allerfeinste bis 22,00, Roggenkleie 8,50, Weizenkleie 9,00 Gulden pro Zentner. Alles franko Danzig. Weizenmehl 60proz. Ausm. 46,00—48,00 Gulden per 100 Kg., Roggenmehl 60proz. Ausm. 38,00—40,00 Gulden per 100 Kg.

Berliner Produktenbericht vom 10. November. Amtliche Produktennotierungen per 1000 Kg. ab Stationen. Weizen märkischer 214—224, Tendenz steigend, Roggen märkischer 214—224, steigend, Sommergerste 224—253, Futtergerste 198—210, fest, Hafer märkischer 173—180, pommerscher 164—174, fest, Weizenmehl für 100 Kg. 30,50 bis 33,25, steigend, Roggenmehl 30,50—33, steigend, Weizenkleie 12—12,50, stetig, Roggenkleie 11,80—12,00, stetig, Raps für 1000 Kg. ab Stationen 390—400, stetig, Leinsaat für 1000 Kg. in Mark 390 bis 400, stetig, für 100 Kg. in Mark ab Abladestationen: Viktoriaerben 32—35, kleine Speiseerbsen 21—24, Futtererbsen 19—20, Peluschken 16—16,50, Ackerbohnen 21—21,5, Wicken 17—20, blaue Lupinen 14—14,50, gelbe Lupinen 15—18, Serradelle alte 13—13,5, neue 18—20, Rapskuchen 16—16,20, Leinkuchen 25—25,50, Trockenschnitzel prompt 9—9,40, Zuckerschnitzel 20, Torfmelasse 8, Kartoffelflocken 18,5—19.

Wasserstandsnachrichten.

Der Wasserstand der Weichsel betrug am 10. November in Krakau — 2,24 (2,16), Zawichost — (—), Warschau — (1,12), Plock 0,66 (0,62), Thorn 0,40 (0,37), Fordon 0,53 (0,49), Culm 0,51 (0,46), Graudenz 0,53 (0,49), Kurzebrak 1,00 (0,98), Montau 0,47 (0,45), Pieckel 0,41 (0,40), Dirschau 0,19 (0,18), Einlage 2,28 (2,32), Schiewenhorst 2,50 (2,64) Meter. Die in Klammern angegebenen Zahlen geben den Wasserstand vom Tage vorher an.

Hauptschriftleiter: Gotthold Starke; verantwortlich für den gesamten redaktionellen Inhalt: Johannes Kruse; für Anzeigen und Reklamen: E. Przygodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann G. m. b. H., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.